

Spalten. Fett druckt sie immer Rang und Namen der Adressaten und die Absender: Untrügliche Beweise für den internationalen Rang der Sowjet-Union.

Doch nach Breschnews Paris-Ausflug trog der Beweis: Die „Prawda“ (Wahrheit) irrte. Als Breschnew am 30. Oktober Paris verließ und in seiner Iljuschin 62 Kurs auf Ost-Berlin nahm, dankte er mit einem formvollendeten Abschiedstelegramm an den Elysée-Palast. Den Text brachte die „Prawda“ am nächsten Tag. Darunter setzte das Blatt der Staatspartei das, was wie Georges Pompidous Antwort aussah:

An Il 62.

In dem Augenblick, da die sowjetische Delegation den französischen Himmel verläßt, möchten wir Leonid Breschnew im Namen der Werktätigen und des Volkes von Frankreich unsere heißen Grüße übermitteln. Wir bitten ihn, auch dem sowjetischen Volk die Gefühle tiefer Freundschaft des französischen Volkes weiterzugeben.

G. Pompidou

Der Sowjetchef und seine Redakteure hatten sich offensichtlich über die Depesche so gefreut, daß sie keinen Anstoß am majestätischen „Wir“ des Präsidenten von Frankreich nahmen. Nach dem spärlichen Spalier des Volkes von Paris für den Sowjetgast gefiel wohl auch besonders, daß Pompidou nun „im Namen der Werktätigen“ telegraphierte.

Vier Tage später aber erschien noch ein Pompidou-Telegramm in Breschnews Hauspostille. Diesmal galt es dem „Generalsekretär des ZK der KPdSU, dem Präsidiums-Mitglied des Obersten Sowjet“ Leonid Iljitsch Breschnew.

Pompidou hatte darauf geachtet, den in Rußland üblichen Vatersnamen „Iljitsch“ an Breschnews Vornamen anzuschließen, er redete ihn höflich mit „Herr Generalsekretär“ an und datierte sein Schreiben auf den 3. November.

Diesmal schrieb Pompidou im Singular, er schrieb von der „politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Sowjet-Union“, dem „besseren Verständnis zwischen den beiden Völkern“ und den „Gefühlen der Freundschaft, die das französische Volk für das sowjetische Volk hegt“. Von den Werktätigen schrieb der ehemalige Rothschild-Bankier Pompidou kein Wort.

Die zweite Version allein, so der Elysée-Palast, sei echt: Pompidou habe erst am 3. November auf das Telegramm seines hohen Gastes geantwortet.

Woher die ersten Pompidou-Worte stammten, sagten weder Pompidou noch „Prawda“. Beamte der Pariser Sowjetbotschaft tippten auf einen „Piratsender“, der die Breschnew-Maschine angepeilt haben könnte. Die Lösung des Rätsels ließ sich der französischen KP-Zeitung „L'Humanité“ entnehmen, die am 1. November ein Kabel abgedruckt hatte, das dem „Prawda“-Telegramm verdächtig ähnelte:

Wir machen uns zu den Interpreten der Werktätigen und des Volkes von Frankreich, indem wir Leonid Breschnew unsere warmen Grüße übermitteln. Wir bitten

ihn, dem sowjetischen Volk die Gefühle tiefer Freundschaft des französischen Volkes weiterzugeben.

Auf dem Weg in die „Prawda“ wurden die „warmen“ Grüße „heiße“ — und mit „Pompidou“ garniert. Sie stammten, so „L'Humanité“ leicht übersinnlich, von den „Weichenstellern des Himmels“ — dem Personal der Flugsicherung von Orly.

KIRCHE

Den Ring für die Dame

Mit Frau reiste in Rom ein katholischer Bischof an, der weder zurücktreten noch heiraten will.

Drei Steinwürfe weit vom Heiligen Stuhl entfernt liegt in Rom das Hotel Alicorni. Bischof Jerónimo José Podestá betrat es in Zivil und nicht allein. Sein bischöfliches Brustkreuz trug



Bischof Podestá*
„Zölibat ist nur ein Wartesaal“

er unter dem Pullover. Seinen Bischofsring trug die Frau, die ihn begleitete.

Der 51jährige Argentinier ist der bislang einzige römisch-katholische Bischof, der sich selbst vom Zölibat dispensiert hat und trotzdem im Amt geblieben ist.

Podestá lebt seit mehreren Jahren mit einer etwa gleichaltrigen Dame und deren sechs Töchtern aus einer getrennten, aber nicht geschiedenen Ehe zusammen.

Das Paar traf in Rom ein, als dort — den Oktober über — die Bischofssynode tagte und sich 130 Reden für und gegen den Zölibat anhörte. Sogleich verbreitete sich das Gerücht, der Argentinier wolle demonstrativ in Rom heiraten und so die Synode stören oder sogar sprengen.

Doch nach katholischem Kirchenrecht könnten Podestá und Partnerin

* Bei einer Pressekonferenz in Rom.

nicht heiraten, auch wenn sie es wollten. Die Frau müßte ihre Ehe erst scheiden und überdies von einem Kirchengericht nachträglich für nichtig erklären lassen. Und der Oberhirte müßte erst auf sein Bischofsamt verzichten und sich (so der kirchenrechtliche Terminus) „in den Laienstand zurückversetzen“ lassen.

Podestá aber will Bischof bleiben, und er ist es auch dem römischen Buchstaben nach: Im Päpstlichen Jahrbuch ist er als ordentliches Mitglied des Bischofskollegiums aufgeführt. Würde Papst Paul VI. ein Konzil einberufen, müßte er auch Podestá laden.

Der Argentinier war 1962 zum Bischof der erst kurz zuvor eingerichteten Diözese Avellaneda ernannt worden. In dem von 1,2 Millionen Menschen bewohnten Arbeiterviertel der Hauptstadt Buenos Aires trat Podestá bald als Sozial-Bischof hervor und war für Argentinien etwa das, was heute für Brasilien der Erzbischof Dom Helder Câmara ist. Eine Kathedrale, so verkündete er, solle erst gebaut werden, wenn es in seiner Diözese keine Elendsviertel mehr gebe. Er hielt Kontakt mit Gewerkschaftern und anderen linken Gruppen. Unter den zumeist konservativen Bischöfen Argentiniens war er ein Außenseiter.

Im Dezember 1967 kam es zum Rücktritt Podestás. Er blieb zwar Bischof, mußte aber seine Diözese aufgeben. Sein Linkskurs wurde als Grund vermutet. Und Podestá selber dementierte damals entschieden die Gerüchte, er habe wegen intimer Beziehungen zu einer Frau zurücktreten müssen.

In Wirklichkeit aber war seine Zweisamkeit der Hauptgrund für den Rücktritt. Der Bischof war damals nach Rom gereist und auch von Papst Paul VI. empfangen worden. Es wurde ihm nahegelegt, sich von der Frau wieder zu trennen. Als er sich dazu nicht bereit fand, wurde ihm eine Art Kompromiß angeboten. Er solle von seinem Amt als Bischof von Avellaneda zurücktreten und werde dann vom Papst zum Titularbischof von Ain Roua, einer längst nicht mehr von Christen bewohnten afrikanischen Diözese, ernannt. Diesen Status haben beispielsweise auch die 34 deutschen Weihbischöfe, die allesamt nur Titularbistümer in fernen Gegenden ihr eigen nennen können.

Mit dieser Lösung erklärte sich Podestá einverstanden. Seither ist er in der Kirche ein Einzelgänger. Er vertritt zwar ähnliche Ansichten wie ein großer Teil der lateinamerikanischen Priester, die eine revolutionäre Entwicklung in diesem Kontinent bejahen. Aber er gehört keiner linken Priestergruppe an, schreibt Bücher und gibt gelegentlich Interviews, allerdings lieber über soziale Probleme als über seinen eigenen, in der Kirche singulären Fall.

Podestá bekennt sich zum gemeinsamen Leben mit der Frau seines Herzens. Er nennt sie und sich ein „priesterliches Paar“ und ist der Ansicht, daß alle Priester ihren Dienst noch besser

versehen könnten, wenn sie eine Frau zur Seite hätten. Der Zölibat, meint Podestá, solle nur ein „Wartesaal zur persönlichen Reife“ sein.

Die Bischofssynode war anderer Ansicht. Podestá war schon wieder abgereist, als sie mit 168 von 202 Stimmen bekräftigte: Es solle „ungeschmälert“ beim Zölibat bleiben.

CHINA

Acht Striche weniger

Auf Chinas Schulen wird die Einheits-sprache Mandarin gelehrt — die meisten Chinesen sprechen sie nicht.

Wenn ein Nordchinese sich mit einem Südchinesen unterhält, fällt kein Wort: Wie Taubstumme schreiben die Gesprächspartner mit dem rechten Zeigefinger Schriftzeichen auf die linke Handfläche.

Sie verständigen sich auf „Mandarin“ — eine Sprache, die ihre Bezeichnung von einer alten Oberklasse hat, heute an allen Schulen Chinas gelehrt und im ganzen Land verstanden, aber keineswegs im ganzen Land gesprochen wird.

Mandarin ist die Mundart der Reichshauptstadt Peking und wird heute von 300 Millionen Chinesen nördlich des Jangtsekiang gesprochen (und auch in Taiwan und auf den Schulen der Auslands-Chinesen in Südostasien gelehrt).

Südlich von Chinas größtem Fluß aber spricht man andere Dialekte, vor allem Wu, Xiang, Min, Hakka und (so auch die meisten Auslands-Chinesen) Jü. Die Variationen gehen zurück auf das Altchinesische des fünften Jahrhunderts vor Christus, als das Wort „schreiben“ zum Beispiel „kuk“ hieß — heute in Peking „ku“, in Kanton „huk“.

Seit dem Ende der Kaiserzeit, 1911, mühen sich Chinas Linguisten, wieder eine einheitliche Reichssprache einzuführen, eben das Mandarin. Sie entwarfen auch ein Alphabet von vierzig Buchstaben an Stelle der 1300 Stammsilben und vieltausend Schriftzeichen des Mandarin. Sie scheiterten jedoch an Chinas unterentwickeltem Schulwesen.

Mit Einführung der Schulpflicht unter den Kommunisten nach 1949 konnten die Sprach-Einiger wieder hoffen. Unter Vorsitz von Tschen Ji (der später Außenminister wurde) beschloß 1955 ein Komitee Richtlinien für die am Mandarin orientierte Einheitsprache „Putunghua“. Kampagnen warben für den Gebrauch des nationalen Kommunikationsmittels, wie einst Luthers Bibel-Übersetzung die Deutschen zur einheitlichen Landessprache bekehrte hatte.

Für die Laut-Umschrift wurden lateinische Buchstaben entworfen. Erfolg hatte die Regierung aber nur mit einer vereinfachten Schreibweise von rund 1800 Schriftzeichen: So wird das Wort „lien“ (sich verbinden) seither mit fünf Pinselstrichen weniger geschrieben als



Schulunterricht in Peking
Verständigung mit Zeichen

vorher — und als auf Formosa, wo man am Alten festhält.

Die Festland-Chinesen kehrten nach dem „Großen Sprung“ 1958 zum gewohnten Dialekt zurück, und während der Kulturrevolution (von 1966 an) kümmerten sie sich mehr um Revolution als um Kultur und Sprache. Kultur-Minister Lu Ting-ji, Mitglied des Einheitssprachen-Komitees, war eines der ersten Opfer der Kulturrevolution.

Allerdings: Wie die Deutschen ihre Luther-Bibel benutzten die Chinesen (zuzüglich der fremdsprachigen Minderheiten Chinas) insgesamt die Mao-Bibel im roten Plastik-Einband als Lektüre. Doch nach dem Zitat der Mao-Sprüche sprechen die Mao-Jünger untereinander, mit Leuten vom Ort, wieder im heimatlichen Dialekt und nicht in der Hochsprache Mandarin.

Für die Chinesen ist schwer einzusehen, warum sie sich anders ausdrücken sollen als in der Muttersprache: Mao Tse-tung selbst spricht einen lokalen Hunan-Dialekt, über den jeder gebildete Chinese insgeheim die Nase rümpft.

Die fünf fortgefallenen Pinselstriche im Schriftzeichen „lien“ dagegen wurden jetzt zum internationalen Problem: „lien“ steckt in der chinesischen Bezeichnung für Uno („lien ho kuo“), auch „kuo“ (Nation) schreibt sich in Peking mit drei Strichen weniger als auf Taiwan.

Chinesisch ist eine der fünf Amtssprachen der Uno seit ihrer Gründung. Bisher wurde Uno im Formosa-Stil geschrieben. Seit statt Formosa Maos China in der Uno sitzt, müssen alle Uno-Veröffentlichungen anders aussehen, auch die (bisher 700 Millionen) Uno-Briefmarken und die Geschenkkarten des Kinderhilfswerks Unicef: Künftig haben sie acht Striche weniger.

Der Chef der Uno-Postverwaltung, der Däne Ole Hamann, hält den Strichverlust für einen Gewinn: „Bei dem sehr kleinen Schriftgrad unserer Briefmarken kann man dann leichter lesen.“

KORRUPTION

Großer Topf

Ein Minister und ein Parteichef geraten in den Verdacht der Korruption: Italiens Parteien lassen sich auch durch Schmiergelder finanzieren.

Giacomo Mancini, du bist ein Dieb!“ Verkündeten Zehntausende von Plakaten zwischen Mailand und Messina. Die ultrarechte Zeitschrift „Candido“ (Ehrlich) schmähte den Generalsekretär der Sozialistischen Partei sogar als „Haupt einer wohlorganisierten Verbrecherbande“.

Kern der Vorwürfe: Altsozialist Mancini, 55, einer der Top-Manager in Roms Regierungskoalition der Linken Mitte, soll 1968/69 — damals Minister für öffentliche Arbeiten — einigen Firmen Bauaufträge zugeschanzt und dafür Millionen Schmiergelder eingesteckt haben.

Der gewiefte Parlamentarier nahm die Beschuldigungen nicht ernst — bis er aus der Zeitung erfuhr, daß die Staatsanwaltschaft gegen ihn ermittelte.

Sie fand belastendes Material über Mancini sowie über dessen Nachfolger im Ministeramt, den Christdemokraten (und jetzigen Landwirtschaftsminister) Lorenzo Natali, und schickte es ans Parlament: Dort wird nun eine Kommission entscheiden, ob die Immunität der beiden Abgeordneten aufgehoben und ein Prozeß eröffnet werden soll.

Der Fall Mancini/Natali, Italiens Polit-Skandal des Jahres, schwächt das Ansehen der Parteien, die Autorität des Staates. Die Affäre führte darüber hinaus zu einer Kraftprobe zwischen politischer und richterlicher Gewalt, wie sie Rom seit Jahren nicht erlebte.

Denn Jurist Mancini eiferte, es sei „absolut unzulässig“, daß man ohne



Beschuldigter Sozialist Mancini
Verschwörung des Schweigens